

zu TOP

Mainz, 24.01.2014

Anfrage 1756/2012 zur Sitzung am 31.10.2012

Situation von EU-Bürgern aus Bulgarien und Rumänien in Mainz (Bündnis90/DIE GRÜNEN)

Seit dem EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens im Jahre 2007 hat der Zuzug von Menschen aus diesen Ländern nach Mainz deutlich zugenommen. Dies gilt besonders für die vergangenen Jahre.

Ein Teil dieser Zuwanderergruppe ist im Alltag mit großen Problemen konfrontiert. Rücksichtslose Vermieter verlangen oft Wuchermieten für kleinste Unterkünfte. Teils müssen mehrköpfige Familien in Räumen unter 20 m² in heruntergekommenen Häusern leben und zahlen dafür Kaltmieten von teils bis zu 400 €. Wie Vertreter_innen von Nichtregierungsorganisationen berichten sind diese Wohnungen oft in einem erschreckenden Zustand. Oft stellen diese Vermieter nicht einmal Mietverträge aus, sodass es den Menschen nicht möglich ist, sich in Mainz anzumelden.

Sprachliche Barrieren bereiten Probleme beim Besuch einer Schule. Zudem wissen viele Menschen aus dieser Bevölkerungsgruppe häufig nicht, an welche Stellen sie sich bei Problemen wenden können.

Vielfach erlischt der Krankenversicherungsschutz in den Herkunftsländern nach einiger Zeit, ohne dass die Menschen einen Versicherungsschutz in Deutschland erhalten. Teilweise hatten die Menschen auch noch nie einen Krankenversicherungsschutz. Es gab bereits mehrfach prekäre medizinische Notfälle, in denen die Betroffenen erst sehr spät und mit hohem bürokratischen Aufwand Hilfe erhielten. Dies gilt selbst für hochschwängere Frauen oder Menschen mit schweren oder akuten Erkrankungen. Mehrere Nichtregierungsorganisationen haben hier bereits wichtige Hilfe geleistet.

Wie Vertreter von Hilfsorganisationen berichteten, ist es im medizinischen Notfällen wegen der ungeklärten Rechtslage zurzeit für diese Zuwanderergruppe oft schwieriger Hilfe zu erhalten als für Bezieher nach dem Asylbewerberleistungsgesetz aus Drittstaaten.

Wir fragen an:

1. Anlaufstelle und Beratung:

- 1.1 Gibt es in Mainz eine Anlaufstelle für europäische Wanderarbeiter_innen, wie sie etwa in Berlin eingerichtet wurde?
 - 1.2 Wo können Menschen aus südosteuropäischen Staaten eine Erstberatung unter anderem zu allgemeinen Fragen des Aufenthalts und der Arbeitsaufnahme erhalten? Können die dortigen Beratungen in der Herkunftssprache der Menschen erfolgen?
 - 1.3 Gibt es eine Beratung, die Menschen aus der angesprochenen Personengruppe über die Angebote von Regeldiensten informiert?
 - 1.4 Wie kann die Stadt Mainz diese Menschen unterstützen? Kann die Stadt Mainz Sozialarbeiter einsetzen, um auf die Menschen zuzugehen?
 - 1.5 Welche Strukturen existieren bereits, die Hilfe für die betroffene Bevölkerungsgruppe leisten können? In wieweit sind die Migrationsfachdienste mit dem Thema betraut?
 - 1.6 Existieren Infoblätter in bulgarischer und rumänischer Sprache, die Antworten auf Fragen zu den Themen Aufenthalt, Hilfsangebote und Schulbesuch von Kindern enthalten? Wenn ja, auf welche Weise werden diese an die Zielgruppe verteilt? Wenn nein, wann ist die Erstellung eines solchen Infoblatts geplant?
 - 1.7 Existieren bereits (Selbsthilfe-)Organisationen von Bulgaren und Rumänen in Mainz? Wenn ja, wurde mit diesen bereits seitens der Stadt Kontakt aufgenommen, um gemeinsam Lösungsstrategien für die Probleme dieser Bevölkerungsgruppen zu entwickeln?
2. Verhalten im Fall medizinischer Notfälle:
- 2.1 Wie können Menschen aus Bulgarien und Rumänien sowie aus anderen EU-Staaten, die über keine gültige Krankenversicherung oder lediglich über eine EHIC verfügen, medizinische Hilfe erhalten?
 - 2.2 Wie kann der angesprochene Personengruppe in Notfällen schnellstmöglich medizinische Versorgung ermöglicht werden?
 - 2.3 Hat die Stadt Mainz klare Verfahrensregeln für den Umgang mit solchen Notfällen, die eine unverzügliche Versorgung gewährleisten? Wenn nein, wann werden solche erstellt? Wenn ja, wurden alle städtischen Mitarbeiter, die in solchen Fällen Kontakt mit den Betroffenen haben entsprechend unterrichtet?
 - 2.4 Wie können Schwangere während der Schwangerschaft medizinische Beratung und Hilfe erhalten? Wie kann Schwangeren ohne gültige Krankenversicherung eine sichere Geburt im Krankenhaus ermöglicht werden?

2.5 Wie kann sichergestellt werden, dass die angesprochene Personengruppe (insbesondere die Kinder) die ärztlich empfohlenen Impfungen erhalten?

3. Unterkunft:

3.1 Gibt es eine rechtliche Handhabe, um die Vermietung von Wohnraum zu Wucherpreisen zu bekämpfen?

3.2 Wie können Zuwanderer aus den südosteuropäischen EU-Staaten eine menschenwürdige Unterkunft in Mainz erhalten? Können sie ggf. Wohnzuschüsse beantragen?

4. Bildung:

4.1 Werden in Mainz kostenlose Deutschkurse für Zuwander_innen aus Bulgarien und Rumänien angeboten oder sind solche Kurse geplant?

4.2 Werden kostenlose Alphabethisierungskurse für diese Gruppe angeboten?

4.3 Gibt es Sprachprogramme, um jugendliche Schüler_innen auf den Schulunterricht begleitend vorzubereiten?

Astrid Becker
Mitglied des Stadtrats

Nico Klomann
Mitglied des Stadtrats